

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 4.

Charlottenburg, Freitag, den 24. Januar 1919.

Jahrg. 46.

## Die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensschluß.

Durch die Gewerkschaftskonferenzen in Leedz 1916 und in Bern Oktober 1917, sind Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder erhoben und formuliert worden, die zwar sich nicht vollständig decken, aber doch im wesentlichen den gleichen Inhalt haben. An den Leedzer Beschlüssen waren die Gewerkschaften Englands und Frankreichs hauptsächlich beteiligt, während in Bern neben den Gewerkschaftsorganisationen der Zentralmächte auch die meisten der dem internationalen Gewerkschaftsbunde angehörenden neutralen Länder teilnahmen. Der wesentliche Unterschied der beiderseitigen Beschlüsse betrifft die Frage der Arbeiterwanderungen, der Freizügigkeit. Die Ententegewerkschaften in Leedz stellten als grundlegendes Prinzip das Recht auf Arbeit auf. Jeder Arbeiter, ganz gleich welcher Nationalität, soll das Recht haben, dort zu arbeiten, wo er Beschäftigung finden kann. Aber dieses Recht auf Arbeit im Leedzer Programm bedeutet lediglich die Konstatierung eines Prinzips, das in den weiteren Punkten des Programms, die Ein- und Auswanderung betreffend, bereits ganz erheblich modifiziert oder eingeschränkt wird. Denn hier wird bestimmt, daß Aus- und Einwanderungen der Arbeiter organisiert werden, daß in jedem Lande eine besondere Kommission die Ein- und Auswanderungen kontrollieren, und daß die Anwerbungen von Arbeitern in einem fremden Lande erst gestattet werden, wenn diese Kommissionen über die Bedürfnisse einer Industrie oder einer Gegend und über die Anwerbeverträge günstige Gutachten abgegeben haben. Die Anwerbungen der Auswanderer sollen von der Gewerkschaft des Auswanderungslandes, die Durchführung der Arbeitsverträge von der Gewerkschaft des Einwanderungslandes kontrolliert werden.

Dieses Prinzip hat man in Bern nicht akzeptieren können. Man fand dort, daß kein Grund vorliege, an der bisherigen Haltung der internationalen Arbeiterkongresse in dieser Frage etwas zu ändern, eine Haltung, die auch von den internationalen Gewerkschaftskonferenzen in Christiania und Budapest bereits akzeptiert worden ist.

Die Arbeiterinternationale hat bisher gerade die Kontraktarbeit abgelehnt. Was in Leedz aber beschlossen wurde, ist die ausschließliche Zulassung der Kontraktarbeit bei der Arbeiterwanderung. Gewiß wollen die Arbeiter der Ententeländer, die für die Leedzer Beschlüsse eintreten, diese Arbeitskontrakte sowohl bei ihrer Entstehung als bei ihrer Durchführung der Kontrolle der Gewerkschaft unterwerfen. Aber man sagte sich in Bern mit vollem Recht, daß die Gewerkschaften der Auswanderungsländer in der Regel so schwach sind, daß eine Kontrolle der Anwerbung von Kontraktarbeitern dort nur mehr fiktiver Art sein könne. Auf der anderen Seite ist es auch eine bekannte Tatsache, daß in manchen Industrien oder Erwerbszweigen, die fremde Arbeiter beschäftigen, auch die Gewerkschaftsorganisationen des Einwanderungslandes noch sehr schwach sind und daher auch die ihrerseits ausübende Kontrolle manchmal recht mangelhaft ausfallen könnte. Die Konferenz in Bern blieb daher bei der alten Stellungnahme der sozialistischen Arbeiterbewegung zu der Frage der Freizügigkeit; sie verlangt, daß Auswanderungsverbote, ebensowohl wie Einwanderungsverbote international als unzulässig erklärt werden, womit die beste Garantie für die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit gegeben sei. Freilich müssen von diesen Verboten gewisse staatliche Rechte unberührt bleiben, auf die kein Land ver-

zichten kann, z. B. die Ausübung einer Grenzkontrolle zum Schutze seiner Volksgesundheit und seiner Volkskultur, aber auch die tatsächliche Einschränkung der Einwanderungen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen.

Das ist der wesentliche Unterschied der beiden Programme. Im übrigen enthalten beide eine Reihe von detaillierten Forderungen über Koalitionsrecht, Sozialversicherung, Arbeitszeit, Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Anderschutz, Arbeiterinnenschutz, Seemannsrecht und Seemannschutz, sowie über die Durchführung des Arbeiterschutzes überhaupt. In Bern wurde beschlossen, daß alle beteiligten gewerkschaftlichen Landesorganisationen diese Forderungen ihren Regierungen unterbreiten sollen und von diesen die Anerkennung dieser internationalen Mindestgrundsätze bezug auf Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung verlangen sollten. Es ist bis jetzt nicht bekannt geworden, in welchem Umfange dieser Beschluß zur Durchführung gekommen ist. Wir wissen nur, daß die englischen und französischen Gewerkschaften die Leedzer Forderungen ihren Regierungen unterbreitet haben, und es ist durch die Presse bekannt geworden, daß diese Regierungen insofern bereit sind, gewisse Konzessionen zu machen, als sie mehr oder weniger offen versprochen haben, Arbeitervertreter zu den Friedensverhandlungen hinzuziehen zu wollen.

Die deutschen Gewerkschaften haben bereits am 15. November 1917 dem damaligen Grafen Hertling die Berner Forderungen in einer Eingabe überreicht. Die damalige Reichsregierung hatte allerdings dieser Materie kein größeres Interesse entgegen zu bringen vermocht, und sie wurde daher sowohl in der Presse als auch im Reichstag an die Wünsche der Gewerkschaften erinnert. Es ist dann von dem damaligen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherrn von dem Buische, die Erklärung im Reichstag abgegeben worden, daß die Reichsregierung bereit sei, für die Aufnahme von sozialpolitischen Bestimmungen im Friedensvertrag oder in besonderen Zusatzverträgen einzutreten. Allerdings war das erst nach dem Friedensschlusse im Osten, wo die damalige deutsche Regierung es sehr leicht gehabt hätte, weitgehende sozialpolitische Forderungen durchzusetzen, wenn sie es nur gewollt hätte. Inzwischen war eine Umgestaltung der deutschen Regierung durchgeführt und an die Spitze des Reichsarbeitsamtes ein Gewerkschaftsführer, Genosse Bauer, getreten. Bauer hat sich sehr bald an diese Materie herangemacht und Sachverständige aus den Kreisen der Gewerkschaften, der bürgerlichen Sozialpolitik, berufen, die zusammen mit dem Reichsarbeitsamt die Grundsätze geprüft haben, deren Verwirklichung durch die Reichsregierung beim Friedensschlusse erstrebt werden kann.

Es kann heute bereits mitgeteilt werden, daß das Ergebnis dieser eingehenden Aussprache im Reichsarbeitsamt, die eine ganze Reihe von Sitzungen beanspruchte, eine Zustimmung zu den wesentlichsten Punkten des Berner Programms ist. Deutschland wird also bei den Friedensverhandlungen die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vertreten, soweit ihm überhaupt von dem Ententeimperialismus, der heute das Szepter in der Hand hat, die Möglichkeit dazu gelassen wird. Diese Forderungen beziehen sich auf die Festlegung der internationalen Freizügigkeit, auf der obigen Grundlage des Berner Programms und auf die Sicherstellung des Koalitionsrechts der Arbeiter und Angestellten in jedem Lande. Ebenso wird die Anerkennung des Anspruchs der wandernden Arbeiter auf die im Einwanderungslande auf Grund von Tarifverträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzten Löhne gefordert. Eine Ausweisung von Arbei-

lern wegen gewerkschaftlicher Handlungen darf nicht stattfinden und die Anrufung gerichtlicher Entscheidungen gegen alle Ausweisungsbefehle vor deren Vollstreckung ermöglicht werden. Gemeinsame Einrichtungen zur Frage der Arbeitsmarktstatistik sollen geschaffen werden, um eine Grundlage für die Arbeiterwanderungen international herbeizuführen.

Ebenso sind die Gewerkschaftsforderungen betreffend die Durchführung einer Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit anerkannt worden und die Forderungen einer Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung ebenfalls dem Programm eingegliedert. Hinsichtlich des Arbeiterschutzes soll besonders darauf hingewirkt werden, daß die Kinder, Jugendlichen und weiblichen Personen in gesundheitschädlichen Betrieben geschützt und die zur Durchführung des Arbeiterschutzes erlassenen Vorschriften durch strenge Ueberwachung sichergestellt werden. Daß Deutschland die internationale Anerkennung des Achthunderttages fordern muß, ist nach seiner Durchführung in Deutschland selbstverständlich; es ist aber insofern eine Uebereinstimmung mit dem Berner Programm erzielt worden, daß eine Uebergangsjfrist zum Achthunderttag von 3 Jahren vorgesehen ist.

Das Schutzalter für Kinder ist, dem Leedzer Programm entsprechend, auf 14 Jahre festgesetzt, während das Berner hier 15 forderte. Die niedrigere Grenze ist mit Rücksicht auf den internationalen Charakter eines solchen Vertrages gewählt worden; unter den vertragsschließenden Ländern befinden sich solche, die eine wesentlich niedrigere Schutzgrenze, und auch solche, die gar keine Schutzgrenze haben. Es muß aber uns allen daran liegen, auch diese Länder mit heranzuziehen.

Ebenso wurden die Leedzer sowohl als die Berner Forderungen hinsichtlich der Schaffung einer internationalen Zentralstelle für den Arbeiterschutz anerkannt. Das internationale Arbeitsamt soll in seiner Tätigkeit nach Möglichkeit, insbesondere auch durch Zuzug von Geldmitteln gefördert werden, unter der Voraussetzung, daß es außer der bisherigen Tätigkeit auch die Sozialversicherung in den Bereich seiner Tätigkeit zieht. Daneben soll eine ständige Kommission gebildet werden zur Vorbereitung der internationalen Arbeiterschutzkonferenzen und einer sachgemäßen Ueberwachung der Konferenzbeschlüsse, sowie zur Erteilung von Auskünften über sozialpolitische Fragen.

Soweit ist die Materie bis heute gediehen. Welche Stellung die Ententemächte zu dieser wichtigen Frage einnimmt, ist bisher unbekannt, aber man darf hoffen, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien, insbesondere Englands und Frankreichs, alles daran setzen müssen, um ihre Regierungen zur Anerkennung der Arbeiterforderungen zu bringen.

## Aus unserm Berufe.

**Annaburg.** Unsere Lokalbewegung hat auf dem Verhandlungswege in zufriedenstellender Weise ihren Abschluß gefunden. Wir müssen unser Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß es in der Steingutindustrie bisher noch nicht möglich war, auf dem Wege durch Verhandlungen zwischen der „Vereinigung Deutscher Steingutfabriken“ und dem „Verband der Porzellanarbeiter“ die Lohn- und Arbeitsbedingungen allgemein und zentral zu regeln. Was in der Porzellanindustrie möglich und durchführbar war und ist, dürfte in der Steingutindustrie nicht unmöglich sein. Die Kollegen in Annaburg sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Zerrissenheit der Arbeiter in der Steingutindustrie ein wesentliches Hindernis bildet auf dem Wege einer zentralen Regelung. Die Kollegen in Annaburg haben zu ihrem Teile dazu beigetragen, dieser Zerrissenheit ein Ende zu bereiten. Die 300 Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, die bisher in der Steingutfabrik beschäftigt waren, sind in unseren Verband übergetreten. Wir richten aber an alle Kollegen in der Steingutbranche das Ersuchen, ihre ganze Kraft daran zu setzen, für Herstellung einer einheitlichen und geschlossenen Front. Ueberall, wo Steingutarbeiter in anderen Verbänden organisiert sind, als im Porzellanarbeiterverband, soll für möglichst sofortigen Uebertritt zu unserem Verband gesorgt werden. Bei uns hat der Fabrikarbeiterverband natürlich sich lebhaft bemüht, seine Einnahmequelle in Annaburg weiter fließen zu lassen, jedoch ohne Erfolg. Die Kollegen sind bei ihrem Entschluß geblieben und haben sich vom Auszug an unseren Verband nicht abbringen lassen. Als Kuriosa wollen wir noch erwähnen, daß auch noch 3 Mann dem hiesigen hiesigen Gewerbeverein angehören. Daß es in einem großen Zirkelpersonal noch 3 Mann gibt, die immer noch auf demselben Fleck stehen, auf dem unsere Kollegen in ihrer Gesamtheit vor 26 Jahren abgeschwenkt sind ins Lager der freien Gewerkschaften, spricht wahrlich nicht dafür, daß unser Verband

nicht auf dem richtigen Wege ist. Jedoch werden diese paar Mann das Rad der Entwicklung nicht aufhalten können. Die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Arbeiter ist die notwendige Voraussetzung für Schaffung gesunder und stabiler Verhältnisse in der Steingutindustrie.

**Altwasser.** 50 Jahre in der Porzellanfabrik von Tielisch beschäftigt sind die Porzellanmaler Elter, Wunder und Zeuner. Vor 50 Jahren sind sie als Lehrlinge dort eingetreten. Die Jubilare erhielten von der Firma ein Ehrendiplom und ein Sparlassenbuch über 200 Mk. Bei dem großen Streik in Altwasser im Jahre 1895 war es unser Kollege Elter, der trotz seiner langen Dauer der Beschäftigung in diesem Betriebe seinen kollegialen Pflichten treu blieb und in dieser schweren Zeit sich rüchhaltlos auf die Seite seiner Kollegen stellte, in Gemeinschaft mit seinen Kollegen die Arbeit erst wieder aufnahm, als der Streik ordnungsmäßig durch die Organisation beendet war. Vom ersten Tage seiner Malerlaufbahn an hat Kollege Elter den bestehenden kollegialen Verbindungen und Vereinigungen angehört und in diesen immer seinen Mann gestanden. In unsere heutige Organisation ist Elter als Mitglied des früheren Malerverbandes bei der Verschmelzung am 1. Januar 1893 mit übergetreten und hat ihr bis auf den heutigen Tag die Treue bewahrt. Wer die Verhältnisse in Altwasser kennt und weiß, was in diesen langen Jahren unsere Organisation an wechselvollen Ereignissen zu bestehen hatte, wird dem Kollegen Elter seine besondere Hochachtung nicht versagen können, der sich durch nichts davon abbringen ließ, seine kollegiale Vergangenheit vollkommen makellos zu erhalten.

Wir gestatten uns, unserem Kollegen Elter zu seinem Ehrentage unseren Glückwunsch auszusprechen; möge ihm vergönnt sein, noch recht lange in unserer, der Mitte seiner engeren Kollegen vorbildlich wirken zu können.

**Blankenhain.** Wie uns berichtet wird, ist die Duxer Porzellanfabrik, Filiale Blankenhain (früher Fasolt & Eichel), durch Kauf in den Besitz der Firma C. & E. Carstens übergegangen.

Die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe ist im Monat November wieder gestiegen. Es waren von unseren Mitgliedern arbeitslos: männliche 171 oder 4,8 v. H., weibliche 371 oder 8,3 v. H., zusammen 542 oder 6,7 v. H., gegen 4,6 v. H. im Oktober und 2,9 v. H. im November 1917.

Mit dieser hohen Arbeitslosenziffer (6,7 v. H.) sind wir unter 31 Verbänden, die für den Monat November an das Reichsarbeitsamt berichteten, wieder an die zweite Stelle gerückt. Nur der Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter hat eine noch höhere Arbeitslosenziffer aufzuweisen.

In den Berichten der Industrie wird gesagt: Die Beschäftigung in der Steingutindustrie wird im allgemeinen noch als gut angesehen, doch sind dem Vormonat gegenüber Neubestellungen in geringerem Maße eingegangen und vielfach auch Kündigungen seitens der Kundschaft versucht worden. Es ist dies hauptsächlich auf die unsichere politische Lage zurückzuführen. Ebenso übten die Verkehrsschwierigkeiten ihren Einfluß aus. In der ersten Hälfte des Monats wird noch über Mangel an Arbeitskräften berichtet, der sich aber infolge der Demobilisation teilweise schon gehoben hat. Lohnerhöhungen machten sich infolge des bereits eingeführten achtstündigen Arbeitstages in erheblichem Maße bemerkbar. Wegen Kohlenmangel mußte die Arbeitszeit vielfach verkürzt werden.

Die Porzellanfabriken sind noch ebenso gut wie im Vorjahre beschäftigt.

In der Porzellan- und Steingutindustrie ist lediglich der Mangel an Kohlen, zum Teil auch Mangel an Rohstoffen (Kaolin usw.) die Ursache, daß ein Teil der Fabriken stillliegt, und ein weiterer Teil in beschränktem Umfange arbeiten kann. Bedarf an Erzeugnissen dieser Industrien ist auf voraussichtlich längere Zeit in hohem Maße vorhanden. Die Lager der Fabriken und Händler sind vollkommen leer.

Möglichst baldiger Friedensschluß und die Wiederkehr ruhiger, geordneter Verhältnisse, die allein nur einen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ermöglichen können, ist dringendes Erfordernis auch für die Arbeiterschaft in der feintextilen Industrie, um Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten schaffen zu können. Leider sind wir gegenwärtig von nichts weiter entfernt, als von Ruhe und Ordnung im Lande. Die fortgesetzten wilden Bergarbeiterstreiks, die zum Teil auf spartakistische Treibereien zurückzuführen sind, müssen naturgemäß den bestehenden Kohlenmangel noch bedeutend verschärfen und damit die ohnehin schon rapid steigende Arbeitslosigkeit noch weiter verschlimmern. Soweit wirtschaftliche Forderungen den Streiks der Bergarbeiter zugrunde liegen, muß erwartet werden, daß auch die Bergarbeiter den alten gewerkschaftlichen Grundsatz nicht verlassen, wonach Streiks erst

dann geführt werden dürfen, wenn alle friedlichen Mittel erfolglos geblieben sind, und auch dann nur, wenn die Leitung der zuständigen Gewerkschaft mit dem Streit einverstanden ist.

Die fortwährenden Kämpfe um die Regierungsmacht, wie sie gegenwärtig in den Straßen Berlins mit Kanonen und Maschinengewehren ausgefochten werden, müssen naturgemäß zu einer weiteren Unterbindung des nur noch schwach pulsierenden Wirtschaftslebens beitragen. Wir glauben, sagen zu dürfen, daß die heutige Regierung alle einsichtigen Elemente in der Arbeiterschaft auf ihrer Seite hat, wenn sie sich angelegen sein läßt, mit aller ihr zur Verfügung stehenden Macht den von russischem Gelde angezettelten und geschürten bolschewistischen Treibereien ein gründliches Ende zu bereiten. Wir sind überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft es ablehnt, sich unter die Diktatur einiger verantwortungsloser und gewissenloser Anarchisten zu beugen, die den russischen Bolschewismus in Deutschland nachäffen wollen, dabei aber nur Not und Elend in verstärktem Maße über das ohnehin schwer leidende deutsche Volk bringen. Die gegenwärtige Zeit ist für irgendwelche wirtschaftliche Experimente die denkbar ungeeignetste. Die Arbeitslosenziffern schwellen allgemein bedenklich an. Arbeit und Brot ist es, was die deutschen Arbeiter brauchen.

Die Mitgliederzahl ist von 6464 im Oktober auf 8321, im November gestiegen, das bedeutet ein Mehr von rund 1800 Mitgliedern. Das Anschwellen der Mitgliederziffer ist ohne Zweifel auf die revolutionäre Bewegung im Monat November zurückzuführen. Erstaunlicherweise sind die Frauen am Steigen der Mitgliederziffer in erheblichem Maße beteiligt. Am Schlusse des November konnten rund 1000 weibliche Mitglieder mehr als männliche gezählt werden. Der Mitgliederzugang hat bis heute angehalten und wird hoffentlich auch weiter anhalten, so lange noch unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben vorhanden, die für unseren Verband gewonnen werden müssen. Einer weiteren Erscheinung mag hierbei Rechnung getragen werden. An verschiedenen Orten sind jetzt schon die Kollegen und Kolleginnen, die bisher im Fabrikarbeiterverband organisiert waren, geschlossen in unseren Verband übergetreten. In den jüngsten Tagen wurde berichtet, daß in einer Steingutfabrik 300 Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes geschlossen in unseren Verband übertraten. Das darf wohl als Beweis dafür angesehen werden, daß in den Kreisen unserer Kollegenschaft sich mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn bricht, daß nur eine einheitliche und möglichst geschlossene Organisation imstande sein kann, die Interessen der Arbeiter mit dem erforderlichen Nachdruck zu vertreten. Neben der Gewinnung der Unorganisierten müssen unsere Mitglieder das größte Gewicht darauf legen, daß der Zustand beseitigt wird, wonach die Arbeiter einer Branche ihre Kräfte in verschiedenen Organisationen verzetteln. Die Aufgaben, die noch der Lösung harren, erfordern die größte Kraftentfaltung, die nur durch eine einheitliche, starke Organisation erzeugt werden kann.

## Vermischtes.

**Änderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.** Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat am 21. Dezember 1918 eine Änderung der Verordnung vom 13. November 1918 über Erwerbslosenfürsorge erlassen (vgl. „Reichsanzeiger“ vom 24. Dezember 1918). Die neue Verordnung verpflichtet die Gemeinden, für Erwerbslose, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung zur Fortführung oder Aufrechterhaltung der Krankenversicherung berechtigt sind, die weitere Versicherung in der bisherigen Mitgliederklasse oder Wohnstufe herbeizuführen. Sie haben zu diesem Zwecke die erforderlichen Meldungen zu bewirken und die vollen Beiträge für die Erwerbslosen zu zahlen. Versäumt dies die Gemeinde und gerät dadurch der Erwerbslose in Verlust der Krankenhilfe, so hat die Gemeinde ihm die gleichwertige Krankenhilfe zu gewähren. Von diesen Leistungen können nur die Beiträge als Kosten der Erwerbslosenfürsorge gegenüber Reich und Staat angerechnet werden.

**Demokratisierung der bayerischen Gewerbeinspektion.** Die Gewerbeaufsicht in Bayern soll durch Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamten aus der Arbeiterschaft erweitert werden. Diese Beamten sollen das Recht erhalten, Betriebe ohne vorherige Anmeldung zu revidieren.

**Verordnung zur Ergänzung des § 592 der Reichsversicherungsordnung.** Der § 592 der R.-V.-O., nach dem im Falle der Tötung einer Ehefrau, die wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes ihre Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst unterhalten hat, dem Witwer und den Kindern für die Dauer der Bedürftigkeit eine Rente zu gewähren ist, wird durch eine Verordnung der Reichsbeauftragten vom 23. Dezember 1918

dahin ergänzt, daß der Militärdienst des Ehemannes der Erwerbsunfähigkeit gleichzustellen ist. Die Wirkung der Verordnung gilt vom 1. August 1914. (Der Wortlaut ist im „Reichsanzeiger“ vom 28. 12. 1918 veröffentlicht.)

## Literarisches.

**Soziale Forderungen für die Uebergangswirtschaft.** Eine Rundgebung. Unter Mitwirkung von: Bureau für Sozialpolitik. Deutsche Gartenstadtgesellschaft. Deutscher Verein für Wohnungsreform. Gesellschaft für soziale Reform. Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation. Ständiger Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen. Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Deutscher Handwerks- und Gewerbeamtstag. Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. Verband der deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände. Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte. Herausgegeben von der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung, E. B., Berlin. (IV und 67 Seiten.) Oktav. Gehftet 1,50 Mark. Hierzu Feuerungszuschläge des Verlages und der Buchhandlungen. Verlag von D. G. Teubner, Leipzig und Berlin, 1918.

Während alle Fragen, die Deutschlands künftige Weltwirtschaft betreffen, schon seit langer Zeit in der Öffentlichkeit verhandelt werden, sind die binnenwirtschaftlichen Aufgaben des sozialen Wiederaufbaues in ihrem ganzen Umfange und in ihrer schicksalsschweren Bedeutung nicht einmal überall erkannt, geschweige denn Vorbereitungen zu ihrer Lösung getroffen worden. Die Bedeutung des vorliegenden Buches, in dem alle großen, am sozialen Wohle interessierten gemeinnütigen und beruflichen Organisationen, zahlreiche Gelehrte und Parlamentarier, Kommunalpolitiker und Techniker, Männer und Frauen, ein bis ins einzelne gehendes Programm für den sozialen Wiederaufbau Deutschlands aufgestellt haben, ist deshalb gar nicht hoch genug einzuschätzen. An einen Plan für Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Arbeiten und Aufträge schließen sich Vorschläge für die Demobilisierung nicht nur des Heeres, sondern auch der Hilfsdienstpflichtigen, der Frauen und der Jugendlichen, ebenso für den Abbau der Kriegswirtschaft und den damit zusammenhängenden Arbeitswechsel, für die Organisation der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenfürsorge und des Arbeiterchutzes, für Berufsberatung, Ausbau der Wohlfahrtspflege, für Wiederaufbau des Handwerkes, für Wohnungs- und Ernährungspolitik. Den Abschluß bildet ein Kapitel über die nächstliegenden Aufgaben der landwirtschaftlichen Produktion und der sozialen Reform auf dem Lande. Das ganze Programm erschöpft sich nicht in der Aufstellung allgemeiner schlagwortartiger Forderungen, sondern begründet jede einzelne von ihnen wissenschaftlich und zeichnet genaue Wege zu ihrer praktischen Lösung vor. Es darf deshalb das Interesse aller derer, die in ihrem Wirkungskreise zu seiner Durchführung beitragen können, beanspruchen.

**Soll Deutschland ein Zollhaus werden?** Unter diesem Titel hat jenseits der Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, eine neue Flugchrift zur Revolution in Vertrieb gebracht. Sie knüpft an Kautskys bekannt gewordenes Wort an, das sich energisch gegen wirtschaftlich sozialistische Produktionsdekrete wandte. In vier Abschnitten vollzieht die Flugchrift eine klare Abrechnung mit der törichtesten Politik, die ihr Vorbild im russischen Bolschewismus sieht. In kurzschichtigen Augenblickshandlungen glaubt diese Politik den Kapitalismus endgültig vernichten zu können, aber sie würde doch nur die gesunde Entwicklung treffen, ohne die der Arbeiterklasse keine Wiederherstellung der Grundlagen möglich ist, die ihre Macht braucht, um politisch nachhaltig wirken zu können. Die Flugchrift geht all den überreizten Forderungen und Schritten zu Leibe, die sich wirtschaftspolitisch in ihren Folgen gegen die Arbeiterklasse kehren müssen. Das Schlusskapitel gilt der Frage der Annullierung der gesamten Kriegsanleihe. Die Schrift, die überall zu haben ist, kostet wieder 15 Pf. Gegen Einsendung von 20 Pf. kann sie vom Verlag bezogen werden.

## Versammlungsberichte.

**Elmsborn.** Unsere letzte Zahlstellenversammlung erzielte sich eines sehr guten Besuchs. Unter Punkt 1 der Tagesordnung wurde die Neuwahl der gesamten Verwaltung vorgenommen. (Siehe Adressenänderungen in dieser Nummer der „Ameise“.) Unter Punkt 2 wurde der Bericht des Delegierten zum Gewerkschaftskartell entgegengenommen. Als wesentlich wurde hierbei erwähnt, daß verheiratete Frauen, deren Männer noch in Arbeit stehen, die Arbeitsplätze in den Betrieben frei machen sollen für männliche Arbeitslose, deren Zahl am hiesigen Orte immer noch zirka 500 beträgt. Die Notstandsarbeiten, die bereits in Angriff genommen wurden, reichen nicht aus, um die Arbeitslosen möglichst alle in Beschäftigung zu bringen. Eine große Arbeitslosigkeit birgt aber auch die Gefahr von Unruhen in sich, die ebenfalls vermieden werden muß.

Unter „Verschiedenes“ erläuterte ein Mitglied des Arbeiter-Ausschusses die Verhandlungen mit der Firma C. u. E. Carstens. Es ist ein Teilerfolg erzielt worden, mit dem sich die Arbeiter zufrieden gaben. Dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Hauptvorstand sobald als möglich in Verhandlungen eintreten möge mit der Unternehmerorganisation, der „Vereinigung Deutscher Steingutfabriken“. Es ist eine immer dringender werdende Notwendigkeit, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Steingutindustrie allgemein und zentral zu regeln. Leider müssen wir auch hierbei erwähnen, daß der Fabrikarbeiterverband seine störende und zerstörende Tätigkeit immer noch in der hiesigen Steingutfabrik ausübt. Mit großer Befriedigung wurde Kenntnis genommen vom geschlossenen Uebertritt der Fabrikarbeiter-Verbandsmitglieder in Margarethenhütte in unseren Verband. Angeregt wurde, in eine energische Agitation einzutreten, um auch für den

hiesigen Steingutbetrieb eine einheitliche und geschlossene Organisation zu erzielen, und alle hier beschäftigten Steingutarbeiter und -arbeiterinnen zum Eintritt, bezw. Uebertritt in den Porzellanarbeiter-Verband zu veranlassen. Nach einem anfeuernden Schlusswort und Hinweis auf die Notwendigkeit, die Versammlungen auch in Zukunft so gut zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Hornberg.** Die Zahlstellenversammlung vom 5. Januar erfreute sich eines guten Besuches. Infolge der vom Heere zurückgekehrten Mitglieder, sowie einer Anzahl von Neuaufnahmen, die wir in letzter Zeit zu verzeichnen hatten, machte sich die Neuwahl der Verwaltung notwendig. (Siehe Adressenänderungen in dieser Nummer der „Ameise“.) Hierauf gelangten einige Betriebsangelegenheiten zur Sprache, die ein öffentliches Interesse nicht beanspruchen können. Der Vorsitzende richtete hierauf an die neugewonnenen Mitglieder die Bitte, dem Verband auch in Zukunft treu bleiben zu wollen, die noch unorganisierten Kolleginnen und Kollegen im Betriebe zum Eintritt in unseren Verband zu bewegen zu suchen, damit auch die Hornberger Steingutarbeiter ihren Platz in der Gesamtbeziehung so ausfüllen, wie es das allgemeine Arbeiterinteresse verlangt.

Vor allen Dingen sei ein regelmäßiger Besuch unserer Versammlungen als der beste Gradmesser für den Geist, der die Kollegenschaft befeelt, eine unbedingte Notwendigkeit.

**Jecha-Sondershausen.** Am 17. Dezember fand hier eine allgemeine Porzellanarbeiter-Versammlung statt, mit dem Ziele, wieder eine Zahlstelle unseres Verbandes zu errichten. Genosse Runge legte den Anwesenden in ausführlicher Weise dar, daß die Zugehörigkeit zur beruflichen Organisation eine zwingende Notwendigkeit für jeden Arbeiter und für jede Arbeiterin ist. Es meldeten sich daraufhin sofort 60 Personen beiderlei Geschlechts zum Verbands an. Es ist zu begrüßen, daß die hiesigen Porzellanarbeiter den Zusammenschluß wieder gefunden haben; hoffentlich macht unsere junge Zahlstelle recht bald gute Fortschritte. Hierauf wurde zur Wahl einer Zahlstellenverwaltung geschritten. Kollege Kotschuh stellte den Antrag, ein Vergnügen mit Theatervorstellung zu veranstalten, um den Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit zu geben, gemeinschaftlich einige anregende und fröhliche Stunden zu verleben. Der Antrag wurde angenommen. Es muß erwartet werden, daß alle Mitglieder sich anlegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß die im Betriebe noch vorhandenen Unorganisierten recht bald in unsere Reihen treten.

**Unterweißbach.** Die am 5. Januar im Rudolph'schen Lokale abgehaltene Zahlstellenversammlung war ziemlich gut besucht. Kollege Celschlegel gab in seinen einleitenden Worten zunächst seiner Freude Ausdruck, daß unsere Organisation sich auch am hiesigen Orte ausbreite, wie die zahlreichen Neuanmeldungen beweisen. Es sind jedoch immer noch eine beträchtliche Anzahl Unorganisierten für unseren Verband zu gewinnen, die in reger Agitation von den Mitgliedern herangeholt werden müssen. Es wurde dann die Neuwahl der Verwaltung vorgenommen, die folgendes Resultat ergab: Vorsitzender: Ernst Thomas; Schriftführer: Albin Weichmann; Kassierer: Edwin Horn; Revisoren: Karl Schwabe und Richard Sternkopf; als Beisitzer: Max Beck. Unter „Verschiedenes“ wurden die ungünstigen Lohnverhältnisse bei der Firma Mann u. Porzellan besprochen. Die Friedenslöhne waren schon als vollkommen unzulängliche zu bezeichnen. Es wurden Stundenlöhne von 26 bis 35 Pfg. gezahlt. Wenn diese Löhne auf Grund der mit der Unternehmerorganisation getroffenen Vereinbarung eine Erhöhung von 125 Proz. erfahren, so ist dabei unter den heutigen Lebensverhältnissen kein Auskommen zu finden. Beschlossen wurde, in dieser Angelegenheit weitere Stellung zu nehmen.

Kollege Thomas regte an, im Kriege gefallenen Mitglieder in der Weise zu ehren, daß deren Namen im Inseratenteil des „Volksblatt“ veröffentlicht werden. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Nach einem anfeuernden Schlusswort des Versammlungsleiters, in der Zukunft treu zu unserem Verbands zu halten, wurde mit einem Hoch auf denselben die Versammlung geschlossen.

## Adressen-Änderungen.

**Althausenleben.** Vorsitzender: Emil Roos, Dreher, Am Camp 1. Schriftführer: Wilhelm Reinecke, Maler, Gagenstr. 5. Kassierer: Christian Scheiba, Maler, Bahnhofstr. 18. Revisoren: August Jöllmer, Dreher, Rittgasse 21; Fritz Rantmann, Dreher, Waldstr. 6.

**Breslau.** Vorsitzender: Gustav Sachwik, Reinstr. 76. Schriftführer: Franz Krautmann, Adlerstr. 3. Kassierer: Otto Görz, Bierstr. 14. Revisoren: Johann Eitel, Adlerstr. 9; Elisabeth Fiegert, Reinstr. 76.

**Bunzlau.** Vorsitzender: Heinrich Stendel, Dreher, Kreuzweg 2 b. Schriftführer: Robert Koffak, Jr., Nikolaitz 10. Kassierer: Heinrich Wagner, Spottauerstr. 3. Revisoren: Heinrich Schölpert, Dreher, Kollacherstr. 61; Wilhelm Klemke, Jr., Kollacherstr. 47.

**Chemnitz.** Vorsitzender: Karl Gundermann, Maler, Adolfsstr. 51. Schriftführer: Karl Lütke, Dreher, Sandberg 37. Kassierer: Otto Breddin, Dreher, Sandberg 21. Revisoren: Albert Hoffmann, Maler, Gärtnerstr. 9; Heinrich Gumbel, Dreher, Liebh. Dorfstr. 30.

**Erfurt.** Vorsitzender: Hermann Weber, Dreher, Viehla, Hauptstraße. Schriftführer: Josef Weber, Dreher, Viehla, Hauptstraße. Kassierer: Karl Kumpel, Brauereistr. 2. Revisoren: Otto Müller, Berlinerstraße und der Vorposten.

**Halle.** Vorsitzender: August Fander, Dreher, Reintz, Nachtweidenstr. 53.

**Hildesheim.** Vorsitzender: Paulus Eichenbeck, Maler, Goshückerstraße 141. Schriftführer: Bruno Steiniger, Dreher, Bergstraße. Kassierer: Robert Feller, Maler, Birke, Höhe Str. 12. Revisoren: Otto Schumann, 255, Brauereistr. 105; Alfred Ludwig, Maler, Jankstraße.

**Köln.** Vorsitzender: Max Schaller, Dreher, Fabrikstr. 6. Schriftführer: Emil Hadenich, Maler, Fabrikstr. 14. Kassierer: Alara

Wendt, Dan., Fabrikstr. 16. Revisoren: Franz Rosenfranz, Maler, Hermsdorferstr. 20; Fritz Pietich, Dreher, Familienhaus.

**Schramberg.** Vorsitzender: Wilh. Salter, Dreher, Gartenstr. 20. Schriftführer: Stephan Ginger, Maler, Alte Steige 865. Kassierer: Otto Bauknecht, Maler, Alte Steige 78. Revisoren: Friedrich Girt, Dreher, Paradiesgasse 15; Mattäus Hug, Dreher, Alte Steige 54.

**Sophienau.** Vorsitzender: Franz Strauch, Dreher, Nr. 11. Schriftführer: Heinrich Wiemer, Dreher, Lehmbwasser Nr. 1. Kassierer: Arthur Beil, Dreher, Charlottenbrunn Nr. 123. Revisoren: Hermann Reimann, Dreher, Charlottenbrunn Nr. 133; August Schindler, Nr. 3.

## Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

**Gräfenhain.** Sonnabend, 25. Januar, abends 8 Uhr, im „Steigerhaus“. Verwaltungswahl.

**Stadtilm.** Sonnabend, 27. Januar, abends 8 Uhr, im Schützenhaus.

**Altwater.** Am Dienstag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum Zepfer“, Niederjatzbrunn, Betriebsversammlung für die Firma Prause.

**Breslau.** Sonnabend, den 1. Februar, abends 6 Uhr, Zahlstellenversammlung in Zimmermann's Restaurant, Matthiasstr. 152.

**Bonn.** Sonntag, 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 13.

**Köslau.** Unsere Zahlstellenversammlungen finden regelmäßig jeden ersten Montag im Monat statt. Die nächste am Montag, dem 3. Februar.

**Reichenbach.** Die Zahlstellenversammlung findet jeden Sonntag abend nach dem Monatsersten statt.

## Sterbetafel.

**Dschak.** Hermann Albrecht, Lagerarbeiter, geboren am 27. November 1887 in Kochra bei Niesitz, gestorben am 7. Januar an der Grippe. Mitglied seit 1912.

**Eisenberg.** Rosa Mittelbach, Gießerin, geboren am 1. Mai 1898 in Eisenberg, gestorben am 7. Januar durch Ertrinken. Mitglied seit 1917.

**Bunzlau.** Max Pettauich, Maler, geboren am 24. April 1894 in Seifersdorf, gestorben am 9. Januar an der Grippe. Mitglied seit 1912.

Ehrendem Andenken!

## Arbeitsmarkt.

**Isolatorenrechner,** in allen vorkommenden Arbeiten der elektrotechnischen Branche, auch in der Freidreherei, vollkommen bewandert, sucht Stellung.

Gesl. Offerten an die Redaktion „Die Ameise“ erbeten.

**Kapselbreher,** 30 Jahre alt, in Rund- und Ovaldrehen gut bewandert, sucht Stellung. Gesl. Angebote unter 300 an die Redaktion „Die Ameise“ erbeten.

**Porzellandreher,** in größerem Hohlgeschirr und dünnen Bechern besonders firm, sucht Stellung.

Gesl. Offerten an die Redaktion „Die Ameise“ erbeten.

Wir suchen für baldigen Eintritt einen arbeitsfreudigen, tüchtigen

## Modelleur

für Gebrauchsgeschirr und elektrotechnische Artikel, sowie einen

## tüchtigen Abgießer und Einrichter

für elektrotechnische Artikel.

Nur Herren, die mit allen modernen Arbeitseinrichtungen vertraut sind, wollen sich mit Angabe der jetzigen Tätigkeit, des Alters, Antrittstermines, sowie der Gehaltsansprüche melden an

Porzellanfabrik Karlskrona, Aktiengesellschaft, Schweden.

## Geschäfts-Anzeigen.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen,** überhaupt alle Metallrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung

Oskar Rottmann, Stadtilm.

## Goldhaltige Lappen — Asche — Schmirer Muschel, Paletten, Häpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpfel) zahle 5—10 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr) überhaupt alle Metallrückstände und ausgebranntes Gold kauft zu höchsten Preisen die Scheideanstalt von

## Max Haupt, Dresden-A., Böhmisch-Platz 17.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.  
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck von Otto Goerte, Charlottenburg, Wallstr. 22.